

Nichts ist mehr, wie es war

Nicht laut sagen: Israel ist zum strategischen Partner der Golfstaaten geworden | Von Gisela Dachs

Etwas Neues tut sich im Nahen Osten. Die Vereinigten Arabischen Emirate sind zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit Israel bereit. Weitere Golfstaaten, allen voran Bahrain, könnten bald folgen. Damit ist ein Konsens in der arabischen Welt aufgebrochen worden. Der stipuliert, dass eine Normalisierung mit Israel erst nach einer Lösung der Palästinenserfrage stattfinden dürfe. Es dauerte fast eine ganze Woche, bis sich der mächtigste Golfstaat zu der Entwicklung äußerte. In Berlin erklärte der saudische Außenminister dann, dass sein Land an der arabischen Friedensinitiative von 2002 und somit an der bisherigen Chronologie festhalte. Das tagelange Schweigen aber spricht Bände. Nichts mehr ist, wie es war. Der Grund dafür liegt an einem veränderten Koordinatensystem der Region.

Der Arabische Frühling von 2011 spielt dabei eine wichtige Rolle, denn er hat zum Wandel des Selbstverständnisses der Regime beigetragen. Die Aufstände haben den Herrschern am Golf gezeigt, dass ein Volkszorn wegen Korruption und Repression ihre Regime potenziell stärker bedrohen könnte als die – als Blitzableiter oftmals sogar explizit zugelassenen – Wutentladungen über fehlende Solidarität mit den Palästinensern. Verändert hat sich auch das Sicherheitsverständnis, seitdem Washington begonnen hat, zunächst noch unter Präsident Barack Obama, dann aber auch unter seinem Nachfolger, sich immer mehr aus dem Nahen Osten zurückzuziehen. Überhaupt gelten die westlichen Verbündeten heute als weniger verlässlich als früher. Hatten diese doch tatenlos zugehört, wie ihr Schützling, der ägyptische Präsident Hosni Mubarak, von den Protesten weggefegt wurde. Und niemand wollte militärisch intervenieren, weder als Syrien Giftgas gegen die eigene Bevölkerung ein-



Der Beginn einer – pragmatischen – Freundschaft? Israel und die Vereinigten Arabischen Emirate

setzte noch als Teheran des Angriffs auf saudische Ölraffinerien beschuldigt wurde. Gut möglich also, so die Schlussfolgerung in den Golfstaaten, dass im Notfall auch sie künftig dem eigenen Schicksal überlassen sein würden.

Der Hauptgrund für die Aufgeschlossenheit der Emirate gegenüber neuen Allianzen aber sind die schiitischen Mullahs in Teheran. Denn deren nukleare und hegemoniale Bestrebungen machen den nur 150 Kilometer entfernten sunnitischen Golfstaaten mindestens so viel Angst wie den Israelis. Sie alle fürchten die von Teheran unterstützten radikalen islamistischen Milizen im Irak, im Libanon, in Gaza und Jemen. So war Israel schon länger zum strategischen Partner in der Region mutiert, auch wenn das nicht laut gesagt wurde. Das Atomabkommen mit dem Iran hat die Annäherung dann nur noch intensiviert.

Es war der Außenminister des Golfstaats Oman, Yusuf bin Alawi, der im Oktober 2018 das Kind beim Namen nannte. „Israel

ist ein Staat in dieser Region, und wir alle verstehen das. Auch die Welt ist sich dessen bewusst. Und vielleicht ist es jetzt an der Zeit, dass Israel wie alle anderen (Staaten) auch behandelt wird – und auch dieselben Verpflichtungen trägt.“ Den Ball ins Rollen brachte dann wohl im vergangenen Juni ein Brief aus der Feder des Botschafters der Emirate in Washington, publiziert auf der Titelseite der israelischen Tageszeitung *Yedioth Aharonot*. Er warnte, dass eine israelische Annektierung des Westjordanlandes den Prozess der Annäherung un-

tergraben würde. Netanjahu musste nur zustimmen, nichts zu tun. Der Kronprinz von Abu Dhabi wiederum kann sich jetzt damit brüsten, mit dem Deal immerhin etwas für die Palästinenser getan zu haben.

Israel wandelte sich vom Feind zum Modell in einer Zeit, in der den Scheichs klar wurde, dass ihre Ölquellen eines Tages versiegen könnten und eine zukunftsorientierte Wirtschaft Know-how und Innovationsschübe braucht – sei es in Sachen Cybertechnologie, Landwirtschaft, Wasser, Energie oder Gesundheitswesen. Den Emiraten geht es aber auch noch um einiges mehr. So wurde der Enthusiasmus der Israelis über den Deal gedämpft, als durchdrang, dass dieser auch ein Versprechen Washingtons beinhalten soll, das ihre militärische Überlegenheit im Nahen Osten in Frage stellen würde: Den Verkauf amerikanischer F-35 Kampfflugzeuge an die Emirate. Für den israelischen Premier Netanjahu ist das ein Rückschlag, der aber nur aufzeigt, dass seine guten Beziehungen zu seinem Freund

Donald Trump durchaus durchwachsen sein könnten. „Sie [die Emirate] haben das Geld und würden gerne einige Flugzeuge kaufen“, rechtfertigte sich der amerikanische Präsident.

Damit sind Teheran und seine Verbündeten nun gleich doppelt brüskiert. Der iranische Außenminister bezeichnete die offene Annäherung zwischen den benachbarten Emiraten und Israel als „beschämend und gefährlich“, was die regionale Einheit gegen das „künstliche zionistische Regime“ nur stärken würde. Präsident Hassan Ruhani drohte mit Konsequenzen. Falls die Emirate mit dem Gedanken spielten, Israel den Zutritt zum Persischen Golf zu ermöglichen, werde ihnen gegenüber „eine härtere Gangart eingeschlagen“. Die Türkei, als Teil des pro-iranischen Lagers, drohte damit, die Beziehungen zu den Emiraten abzubauen. Der Zulauf zu dieser „Achse des Widerstands“ hält sich aber in Grenzen. Es zeichnet sich vielmehr eine Sogwirkung in die andere Richtung ab. Weitere arabische Länder, nicht nur am Golf, wollen nachziehen und Israel anerkennen.

Und die Palästinenser? Sie sind, auf den ersten Blick, die größten Verlierer. Denn sie haben ihr Vetorecht in der arabischen Welt verloren. Doch stärkt die neue Offenheit der Emirate gegenüber Israel zweifellos die pragmatischen Kräfte in der Region. Und das schließt auch die Israelis selber mit ein. Was viele Wähler aus der Mitte in den letzten Dekaden nach rechts hat rücken lassen, war die Angst vor palästinensischem Terror in Kombination mit einer politischen Verweigerungshaltung, angekurbelt und unterstützt von ferner liegenden Ländern im Nahen Osten, die damit aber ihre ganz eigenen Interessen verfolgen. Diese Logik bröckelt nun.

Der historische Deal von Abu Dhabi könnte somit der Anfang von etwas wirklich Neuem sein.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbrieft*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Närrisch

Die Närrinnen und Narren seien „für unsere Demokratie und unser Gemeinwesen unentbehrlich“, hat Angela Merkel Anfang des Jahres gesagt, als die Abordnungen deutscher Karnevalsvereine bei ihr zu Gast im Kanzleramt waren. Bei nächstmaliger Gelegenheit im Jahr zuvor verwandte sie die Formel, die Karnevalisten stünden zwar nicht in der Verfassung, seien aber „in guter Verfassung“. Nun aber, in Coronazeiten, geht es darum, den Karneval 2020/21 abzusagen – heißt, zu verbieten. Dass die Debatte vom aus Westfalen stammenden Jens Spahn losgetreten wurde, hat aus Sicht des Rheinlands ein landsmannschaftliches Geschmäcke, auch wenn der Gesundheitsminister als Kind einmal ein Karnevalssprinz war. In Westfalen!

Was im politischen Milieu in Berlin und vielerorts in den Medien übersehen wird: Der Karneval in seinen Hochburgen Düsseldorf/Köln/Mainz bezieht seine Kraft aus widerständischen Elementen. Die Bildung des Festkomitees Kölner Karneval, auf dessen Mitwirkung die Berliner Politik nun angewiesen ist, war zu Beginn des 19. Jahrhunderts der Versuch der preußischen Besatzer im Rheinland, den Karneval zu disziplinieren. Ausufernden Umtrieben sollte mit den Mitteln der Bürokratie Preußens Einhalt geboten werden. Doch der organisierte Karneval mit seinen Sitzungen und Umzügen stand und steht in Konkurrenz und auch Gegnerschaft zum sogenannten Straßenkarneval. Die Närrinnen und Narren kostümieren sich, ziehen nichtorganisiert umher und singen in den Kneipen. Und als 1991 wegen des ersten Golfkrieges auf politischen Druck hin die Rosenmontagszüge abgesagt wurden (bezeichnenderweise zuerst in den Landeshauptstädten Mainz und Düsseldorf, erst danach in Köln), wurde eine im Ersten Weltkrieg verbotene, fast vergessene Tradition in Köln wiederbelebt: der Geisterzug, eine Veranstaltung vorbei am Festkomitee. Tausende Anti-Kriegsdemonstranten und Karnevalisten zogen nachts durch die Stadt.

Schützenfeste in Westfalen etwa können abgesagt werden; sie finden dann eben nicht statt. Sitzungen mit Karnevals-(Bütten-)Reden können nach Abstandsregeln oder als Fernsehveranstaltungen organisiert werden, so wie auch Spiele der Bundesliga. Ein in Berlin erdachtes Verbot des Karnevals am Rhein durchzusetzen aber, würde für die Polizisten kein Zuckerschlecken sein, im Dunkeln, in den Lokalen. Siehe die Ereignisse jüngst in Stuttgart und Frankfurt. Am Rhein wäre dann Schluss mit lustig.

Kanzlerwahlverein 2.0

Mit wem werden die Grünen nach der Bundestagswahl regieren? | Von Frank Decker

2021 steht der Bundesrepublik die spannendste Wahlauseinandersetzung seit 2005 bevor. Nicht nur, dass ein Jahr vor der Wahl noch völlig offen ist, wer Angela Merkel nach 16 Jahren im Kanzleramt beerbt. Auch der Anspruch von CDU und CSU auf die Regierungsführung ist keineswegs garantiert. Orientiert man sich an den derzeitigen Umfragen und schließt man die Fortsetzung der bisherigen Koalition als unrealistisch aus, bleiben als rechnerisch mögliche und politisch gangbare Bündnisse Schwarz-Grün, Jamaika, die Ampel oder Rot-Rot-Grün. Das Einzige, was sich verlässlich prognostizieren lässt, ist mithin eine Regierungsbeteiligung der Grünen.

Hatte es 2013 bereits Sondierungen zwischen Union und Grünen gegeben, so wurde das fast sicher geglaubte Jamaika-Bündnis vier Jahre später von der FDP kurz vor Toresschluss zu Fall gebracht. Dass eine Rückkehr der Grünen in die Regierung nach zwölf Jahren eigentlich angezeigt gewesen wäre, beweist die seither eingetretene Entwicklung in den Ländern, wo sie die Zahl ihrer Regierungsbeteiligungen kontinuierlich auf mittlerweile elf hochschrauben konnten. In Baden-Württemberg stellen sie seit 2011 sogar den Ministerpräsidenten.

Diese geballte Stärke ist nicht primär den Wahlergebnissen der Grünen geschuldet, sondern stellt eine Folge ihrer koalitions-

politischen Öffnung in Richtung Union und FDP seit Mitte der 2000er-Jahre dar. Die Grünen nehmen damit im heutigen Parteiensystem dieselbe Scharnierfunktion zwischen den linken und „bürgerlichen“ Parteien ein, die bis zu Beginn der 1980er-Jahre die FDP ausgeübt hatte. Auf der Länderebene koalieren sie zurzeit achtmal mit der SPD, sechsmal mit der CDU, dreimal mit der Linken und zweimal mit der FDP.

Vor diesem Hintergrund scheint es verständlich, wenn sich die Grünen zum Hauptgegner jedweder „Ausschließeritis“ stilisieren – der Begriff geht nicht von ungefähr auf einen ihrer erfolgreichsten Landespolitiker, den Hessen Tarek Al-Wazir, zurück. „Ausschließeritis“ meint aber etwas anderes als die Vermeidung koalitionspolitischer Festlegungen vor einer Wahl. Diese mag zwar aus strategischen Gründen geboten sein, um Teile der Parteibasis und Wählerschaft nicht zu verprellen. Sie verbietet sich jedoch aus demokratischer Sicht. Denn der „Souverän“ hat ein Recht zu erfahren, ob er mit einer Stimme für die Grünen eher Olaf Scholz oder dem noch zu kürenden Kandidaten der Unionsparteien zur Kanzlerschaft verhelfen würde.

Seit der frühzeitigen Nominierung von Scholz zum SPD-Kanzlerkandidaten wird über die Möglichkeit einer rot-rot-grünen Koalition munter spekuliert. Dass sich deren Vorzeichen arithmetisch verbessert haben, hängt nicht zuletzt mit dem Höhenflug der Grünen zusammen, denen es seit 2018

gelingen ist, immer stärkere Schneisen in das Unionswählerlager zu schlagen. Ursächlich dafür waren und sind zum einen der von den Fridays-for-Future-Protesten begleitete Aufstieg des Klimaschutzes zum wichtigsten innenpolitischen Thema, zum anderen die überzeugende Neuaufstellung an der Parteispitze mit Robert Habeck und Annalena Baerbock sowie der Oppositionseffekt aufgrund der miserablen „Performance“ der Regierungsparteien.

Mit der Coronakrise haben sich die Kräfteverhältnisse verschoben. Während die trotz neuer Parteispitze weiter unter ihrem Führungsvakuum leidende SPD stagniert, ist die Union in den Umfragen regelrecht nach oben katapultiert worden. Die Grünen verlieren unterdessen an Zustimmung, behaupten sich aber vor der SPD als zweite Kraft. Was folgt daraus für das Wahljahr? Zumindest was SPD und Union betrifft, ist zweifelhaft, ob die Werte mehr als nur eine Momentaufnahme darstellen. Kann sich die SPD mit Scholz Hoffnung machen, wieder an Boden zu gewinnen, so bleiben

die Folgen des Abgangs von Angela Merkel für CDU und CSU unabsehbar. Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass sich die politische Agenda im Wahljahr coronabedingt verschiebt und Verteilungsfragen an Bedeutung gewinnen. Auch das Klimaschutzthema dürfte trotz oder vielleicht sogar wegen der Krise seine Relevanz behalten.

Wem würden die Grünen, wenn sie die Wahl hätten, als Regierungspartner den Vorzug geben? Habeck und Baerbock werden Sympathien für ein schwarz-grünes Bündnis unterstellt. Machtstrategisch ist das nachvollziehbar, wäre es doch die weniger riskante Option. An der Seite der Union könnten sich die Grünen als dynamischer Teil der Regierung inszenieren. Gleichzeitig bräuchte ihre überwiegend gut situierte Wählerklientel nicht zu fürchten, dass die Veränderungen – etwa beim ökologischen Strukturwandel – zu weit gehen. Schwarz-Grün ist allerdings kein Selbstläufer. Dagegen stehen große Teile der Parteibasis und grünen Wählerschaft. Tatsächlich sind die inhaltlichen Gemeinsamkeiten der Grünen mit SPD und Linken beim Klimaschutz und den damit verknüpften sozialen Fragen breiter als mit der Union. Dasselbe gilt für die Flüchtlingspolitik. Als schwerster Stolperstein dürfte sich die Außenpolitik erweisen, wo besonders zur Linken kaum überbrückbare Meinungsunterschiede bestehen.



PROF. DR. GISELA DACHS

war langjährige Zeit-Korrespondentin, ist heute freie Journalistin, u.a. für die *NZZ am Sonntag* und lehrt am European Forum der Hebräischen Universität Jerusalem.



PROF. DR. FRANK DECKER

lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn.

Der Hauptstadtbrief - Bester Journalismus samstags und sonntags in Ihrem Postfach Jetzt bestellen auf: www.derhauptstadtbrief.de/newsletter